

### 13. Noch einmal: Volksparteien und Globalisierung. Eine Grundsatzdiskussion ohne Grundkonsens

Es gibt bei alledem nun vor allem eine Frage, die besonders kontrovers diskutiert wird und die dringend weiterer Vertiefung bedarf. Denn von ihr ausgehend lässt sich vieles andere in einem schärferen Licht betrachten.

Diese Frage ist, noch einmal, der Einfluss der Globalisierung – zu deren historischen, „menschlich-übermenschlichen“ Effekten auch die erwähnten Systemkrisen gehören – auf die Veränderung der politischen und Parteienlandschaft. Der Einfluss von Globalisierungswirkungen im deutschsprachigen Raum war seit den 2000er Jahren umfassender, als es die Debatte bisher erfasst hat. Die Parteien konnten die vielen Nuancen dieses Einflusses nur schwer auf den Punkt bringen, geschweige denn in eine Gesamtstrategie integrieren. Doch obwohl die Debatte zum Verhältnis zwischen politischer Mitte und Globalisierung auch nach den Wahlen der vergangenen Jahre unterentwickelt bleibt, hat sie doch zu Entwicklungen im Parteiensystem sowie zu latenten Veränderungen in Selbstverständnissen wichtige Aspekte aufgewiesen. Die Ergebnisse sind für jede substantielle Zukunftsdiskussion unerlässlich.

Zu den dabei in Betracht zu ziehenden Elementen gehören vor allem zwei typologische Grundmotive sowie – in einer unsystematischen Auswahl – eine Reihe von Einzelaspekten, die sie umspielen. Gemeinsam bilden sie eine Reihe zum Teil paralleler, zum Teil miteinander verketteter Gründe, warum Volkspartei und Globalisierung in den kommenden Jahren kaum mehr ohne einander gedacht werden können.

Die zwei typologischen Grundmotive sind

1. durch Globalisierungsmechanismen ausgelöste Trends innerhalb der Parteiensysteme; und
2. Veränderungen der Parteienwahrnehmung durch die Wähler im Gefolge von Globalisierungswirkungen.

Erstens entstanden aufgrund von Globalisierungsmechanismen Trends innerhalb der Parteiensysteme offener Gesellschaften. Darunter waren

- ein *Trend von Lokal- und Regional- zu Techno-Globalparteien*. Dieser Trend stellte sich dem zu Spezialisierungsparteien anheim. Volksparteien modernisierten aufgrund technologischen Entwicklungsdrucks ihr

Erscheinungsbild und zum Teil auch ihre Sprache. Sie blieben zugleich aber ideologisch hinter Digitalisierung und Globalisierung zurück. Ihre Programme bewegten sich zwischen Modernisierung und Stillstand in einem schwer fassbaren Dazwischen, im Nirgendwo – sie waren weder global, noch spezialisiert, noch ausreichend vor Ort. Was den Volksparteien in ihrem Schritt zu Globalparteien fehlte, war vor allem eine ausreichende Technologiekompetenz, die ihre Modernisierungsanstrengungen glaubwürdiger hätte machen können. Technologischer Fortschritt konnte zu wenig mit Mitte-Idealen verbunden werden – sei es nun mit sozialer Marktwirtschaft (Konservative) oder sozialem Fortschritt (Sozialdemokraten). So wurden etwa die Chancen der Kombination von Künstlicher Intelligenz mit Blockchain-Technologie zur Verwirklichung der Dateneigentümerschaft der Bürger, wie sie in der EU-Datenschutzrichtlinie 2019 grundlegt und in der EU-Datenstrategie (COM/2020 66<sup>147</sup>) sowie der EU Data Governance (COM/2020 767, Data Governance Act<sup>148</sup>) konkretisiert wurden, kaum in ihren riesigen Möglichkeitsräumen – unter anderem auf ein bedingungsloses Grundeinkommen jedes Bürgers<sup>149</sup> – erfasst und in die eigenen programmatischen Grundlagen eingebaut. Ebenso wenig wurde die Möglichkeit der Dezentralisierung von Verwaltungsabläufen größerer Datenmengen oder der Entbürokratisierung durch KI mittels Aussortierung unnötiger Richtlinien und Gesetze im Mehrebenensystem ergriffen. Dabei hätten das – unter vielen anderen Aspekten – Konkretisierungen sein können, die die politische Mitte stärken, weil sie dem Mittelstand Rationalität signalisieren, praktisch greifbaren Fortschritt generieren und den Wohlstand nicht nur bestimmter Sparten, sondern der breiten Bevölkerung fördern können.<sup>150</sup> Was im Sinne von Globalparteien jedoch sehr wohl geleistet wurde, war bis zu einem gewissen Grad der Einbau grüner Technologien in entsprechende Programmatiken und Werteraster.

---

147 EU Monitor: EU Strategy for Data, Communication COM (2020)66, <https://www.eumonitor.eu/9353000/1/j9vvik7m1c3gyxp/vl6bhq5mueyy>.

148 EU Monitor: European Data Governance: Data Governance Act, COM (2020)767, Regulation, [https://www.eumonitor.eu/9353000/1/j9tvgaicor7dxyk\\_j9vvik7m1c3gyxp/vle2l9jb8hw2](https://www.eumonitor.eu/9353000/1/j9tvgaicor7dxyk_j9vvik7m1c3gyxp/vle2l9jb8hw2).

149 Vgl. Benedikter, Roland (Hrsg.): Landtagshearing Technologiezukunft Südtirol 2030. Publikationen des Autonomen Südtiroler Landtags / Consiglio della Provincia Autonoma di Bolzano, Bozen 2022.

150 Ebda.

- Ein zweiter Trend war, dass die Globalisierung in ihren Breitenwirkungen eher „systemkritische“ Parteien statt „Trage“-Parteien bestehender Systeme förderte. Je mehr sich negative Wirkungen in Gestalt von Systemkrisen – wie etwa im Rahmen der Covid-19 Pandemie oder vorher der Migrationskrise – konkret vor Ort bemerkbar machten, desto mehr wurde nach Alternativen zum System gesucht, also auch nach Alternativen zu den regierenden Koalitionsparteien. Im Vergleich von Systemen und in ihrer Kritik wurde auch von Feuilleton und Theorie die Zukunft in vertieft globalisierungsfähigen Parteien erkannt, die zur Bewältigung und Nutzung von Disruptionen fähig wären, nicht im möglichst kontextadäquaten Bewahren und Weiterentwickeln des Bestehenden. Globalisierung wirkte damit gegen Grundideologeme der Volksparteien: gegen Stabilität und Kontinuität. Dass eine Ideologie der „Glokaltät“, also der Verbindung von „global“ und „lokal“, der Ausweg aus diesem Dilemma sein könnte, wurde von den Parteien der politischen Mitte viel zu lange ignoriert oder gar beiseitegeschoben. Einflussgruppen aus dem ökonomischen Bereich (Konservative) und kosmopolitisch-sozialen Feld (Sozialisten) spielten bei dieser Verdrängung parteiintern eine wichtige Rolle. Sie schadenen damit ihren Parteien.
- Ein dritter Trend war die *Verschiebung der Legitimationszuschreibung* vonseiten der Bürger und der Öffentlichkeit, wenn es um Bewältigungs- und Gestaltungsfragen „glokaler“ Probleme ging. Diese Verschiebung erfolgte zunächst schleichend, dann immer offener – ohne dass die Volksparteien sie ausreichend begriffen. Bezogen auf Präsenz in der öffentlichen Diskussion, Wahrnehmung von intellektuellem Einfluss und Gestaltungsinitiative hinsichtlich Globalisierungswirkungen und ihrer Antizipation ging der Trend 1990–2020 weg von Volksparteien hin zu NGOs und außerparlamentarischen Kräften, wo Globalisierungskompetenz „natürlicher“ verortet wurde. Theoretiker wie Joseph S. Nye<sup>151</sup> hatten dies seit langem vorausgesagt, ohne dass die Mitte-Parteien Europas sich darauf vorbereitet hätten. Nye verortete die „Zukunft der Macht“<sup>152</sup> bereits seit Anfang der 2010er Jahre im größeren Bild in einer Trinität aus 1. globalen Institutionen wie UNO,

---

151 Nye, Joseph S.: The Future of Power. Pacific Forum CSIS L.W. „Bill“ and Jean Lane Lecture in Diplomacy. In: CSIS Issues and Insights Vol 11, N° 8, March 2011, [https://www.files.ethz.ch/isn/154756/issuesinsights\\_vol11no08.pdf](https://www.files.ethz.ch/isn/154756/issuesinsights_vol11no08.pdf), abgerufen am: 21.02.2022.

152 Nye, Joseph S.: The Future of Power. Public Affairs, New York 2011.

UNESCO, WTO oder IWF, 2. Nationalstaaten, und 3. NGOs und anderen nicht durch Wahlen legitimierten globalen Akteuren. Die großen Volksparteien der USA, Europas und des Westens sah er nicht darunter. Dazu kamen, was Nye zu wenig betonte, als immer einflussreichere Akteure 4. globale Firmen vor allem im Technologie- und Finanzbereich, die vor-, proto- und para-politischen Einfluss auf Wahlverhalten und Meinungsbildung entfalteten. Darunter war zum Beispiel zuletzt „Facebook“-Mutterkonzern „Meta“ mit Bestrebungen zu einer eigenen Weltwährung („Libra“) in einer Art technologischem Paralleluniversum. Ihr notorisches Verhaften an nationalstaatlichen Dimensionen sah die Volksparteien immer stärker randständig in Globalisierungsfragen, während die Gestaltungszuschreibung durch die Bürger von den Parteien wegrückte. Die Volksparteien ignorierten dies weitgehend.

Insgesamt versäumten die Volksparteien das Verlangen nach einer „Weltpartei“. Bereits im Juni 2011 – also zeitgleich mit der Beobachtung der Verlagerung der Macht durch Joseph S. Nye – ging der Globalisierungstheoretiker und Politologe Heiki Patomäki davon aus, dass

„heute nach neuen Formen der Vertretung gesucht wird, z. B. nach einer weltweiten politischen Partei. Verschiedene historische Vorläufer globaler politischer Parteien, real und imaginär, bieten konzeptionelle Ressourcen und nützliche Erfahrungen, um sich die Struktur und Funktion einer möglichen planetarischen Parteibildung vorzustellen... H.G. Wells... glaubte, dass nur eine Massenbewegung von wirklich engagierten Einzelpersonen und Gruppen die Macht haben könnte, die politische Organisation der Welt durch die Schaffung eines demokratischen Weltgemeinwesens zu verändern. In jüngster Zeit haben zum Beispiel Michael Hardt und Antonio Negri ähnliche Ideen formuliert. Ich behaupte, dass transformatives politisches Handeln ein gemeinsames Programm voraussetzt, das auf gemeinsamen Elementen einer umfassenderen und tieferen Weltanschauung beruht, und die Bereitschaft, sich auf Prozesse der kollektiven Willensbildung im Rahmen demokratischer Verfahren einzulassen... Es geht darum, auf die Kritik an den bestehenden Parteien zu reagieren und das kritisch-pluralistische Ethos der globalen Zivilgesellschaft zu kultivieren, aber im Sinne einer demokratischen Parteibildung.“<sup>153</sup>

---

153 Patomäki, Heikki: Towards global political parties. In: Ethics & Global Politics, Vol. 4/2011, N° 2, pp. 81–102.

Andere Beobachter verwiesen ähnlich, aber in moderaterer Weise darauf, dass es darum gehe, Parteien „in die Globalisierung einzubringen“ und „globaler zusammenzuarbeiten“ – ein Trend, dem die Volksparteien mehr unbewusst als bewusst (und auch aus Unkenntnis) hartnäckig Widerstand leisteten:

„In nationalen politischen Diskussionen werden die Probleme der politischen Parteien als Krise der Demokratie diskutiert und beklagt, während auf globaler Ebene niemand über das Fehlen politischer Parteien besorgt zu sein scheint. Warum gibt es keine erfolgreichen Fusionen von politischen Parteien, und warum versuchen politische Parteien nicht, in andere Länder zu expandieren, um global zu agieren? Das Fehlen einer Volksvertretung auf globaler Ebene kann in organisatorischen Begriffen verstanden werden... Da politische Parteien als Organisationen... stark an den Nationalstaat gebunden sind, um Macht zu erlangen, gibt es kurzfristig wenig Anreize für diese Parteien, außerhalb des Nationalstaates zu agieren. Verbindungen zu Parteien in anderen Ländern könnten sogar die Legitimität einer nationalen Partei gefährden. Zugleich haben Organisationen der sozialen Bewegungen wenig Interesse daran, mit politischen Parteien in Verbindung zu treten. Obwohl viele politische Parteien ideologische Verbindungen und Ähnlichkeiten mit Parteien in anderen Ländern haben, wirken die Voraussetzungen für die Organisation von Parteien gegen die Verwirklichung ihrer potentiell globalen Zusammenarbeit.“<sup>154</sup>

---

154 Ahrne, Göran / Rydgren, Jens / Sörbom, Adrienne: Politics and Globalization: Bringing Parties In. In: Penn State University Citeseerx 2005, <https://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.1071.9019&rep=rep1&type=pdf>, abgerufen am: 23.02.2022.